

# Posener Zeitung.

Siebenundsechzigster

Jahrgang.

Mittwoch, 8. Juli.

(Erscheint täglich drei Mal.)

1874.

Annoncen-  
Verkauf:  
In Posen  
ausgegeben in der Expedition  
bei Gruppel (C. H. W. & Co.)  
Preis: 10 Pf.  
in Gießen  
bei Herrn Th. Spindler,  
Markt u. Friedrichstr. 4;  
in Gießen bei Herrn F. Strickland;  
in Frankfurt a. M.:  
C. F. Hanke & Co.

Nr. 467.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal er-  
scheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt  
Posen 1 Thlr. für ganz Preußen 1 Thlr. 24 Sgr.  
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen  
Reiches an.

Steuere 2 Sgr. die sechsheftige Zeile oder deren  
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die  
Expedition zu richten und werden für die am folgenden  
Tage Morgens 8 Uhr erscheinende Nummer bis 5 Uhr  
Nachmittags angenommen.

Verkaufsstellen:  
In Berlin, Hamburg,  
Münch., Nürnberg, St. Gallen,  
Kiel, Leipzig,  
in Berlin, Breslau,  
Frankfurt a. M., Weimar, Gießen,  
Wien u. Basel:  
Kaufmann & Weyl;  
in Berlin:  
J. Klemm, Schönewald;  
in Breslau: Emil Gubel.

## Amtliches.

**Berlin, 7. Juli.** Der König hat dem Fürstlich lippschen Kabinets-Minister von Flottwell den R. u. D. dritten Klasse mit der Ehrenkreuz des R. u. D. dritten Klasse in Trier den Charakter als Geh. Regierungsrath verliehen.

Der Ober-Forstmeister von Dewall in Posen ist pensioniert, nach Posen der Ober-Forstmeister Morkfeldt zu Hannover versetzt. Pensioniert der Oberförster Stahl zu Gschle, Reg.-Bez. Posen. Versetzt Oberförster Breder von Strzelno (zu Mirado), Reg.-Bez. Bromberg nach Boderis. Zum Oberförster ernannt und mit Bestallung versehen der reitende Fellejäger Sappe für die Oberförsterei Waice im Reg.-Bez. Posen, welche aus Theilen der Oberförstereien Birnbaum, Reg.-Bez. Posen und Lubialitz im Reg.-Bez. Frankfurt a. O. neu gebildet worden ist. Zum Oberförster ernannt mit Vorbehalt der Ausfertigung der Bestallung und Festsetzung der Anzettel: Richter für die Oberförsterei Gschle, Reg.-Bez. Posen.

Der bish. I. Kreis-Baumeister Karl Schütte in Rauen ist zum I. Bau-Insp. ernannt und ihm die vakante Bau-Insp. Stelle zu Halberstadt verliehen worden.

## Telegraphische Nachrichten.

**Koblenz, 7. Juli.** Se. Majestät der Kaiser, welcher gestern Nachmittag 4 1/2 Uhr hier eintraf, nahm mit der Kaiserin gemeinschaftlich das Diner ein und machte hierauf noch eine Promenade in den Rheinanlagen. Abends fand großer Zapfenstreich statt.

**Eiberfeld, 7. Juli.** Der Geh. Kommerzienrath Daniel von der Seydt ist auf Haus Morsbroich bei Schlebusch im 72. Lebensjahre gestorben.

**Leipzig, 7. Juli.** Eine Verfügung des Justizministers an das hiesige Handelsgericht ordnet an, daß die Insertion amtlicher Nachrichten bis zum Schlusse dieses Jahres wieder, wie vorher, im „Leipziger Tageblatt“ erfolgen soll.

**Weimar, 7. Juli.** Der Kaiser von Rußland hat heute Morgen um 9 1/2 Uhr, nachdem er sich auf dem Bahnhofe von der großherzoglichen Familie verabschiedet hatte, seine Reise nach Dresden fortgesetzt.

**Leipzig, 7. Juli.** Der Kaiser von Rußland ist heute um 11 1/2 Mittags auf dem Thüringer Bahnhofe eingetroffen. Auf dem Bahnhofe war eine Ehrenkompagnie mit der Fahne und der Regimentsmusik aufgestellt. Zum Empfange war das gesamte Offizierscorps und die Spitzen der reichs- und königlichen Behörden anwesend. Die Stadt war durch den Vizebürgermeister Dr. Stephan, die Universität durch den akademischen Senat vertreten. Der Herzog von Altenburg und der Erbprinz von Altenburg waren gleichfalls zur Begrüßung des Kaisers eingetroffen. Der Kaiser von Rußland verließ den Waggon und unterhielt sich mit dem Herzog von Altenburg, dem Vizebürgermeister Dr. Stephan und dem Präsidenten des Reichs-Oberhandelsgerichts Dr. Pape. Nach einem Aufenthalt von ungefähr einer Viertelstunde setzte der Kaiser seine Reise nach Dresden fort.

**Dresden, 7. Juli.** Der Kaiser von Rußland ist heute Nachmittag 2 Uhr, über Leipzig von Weimar kommend, hier eingetroffen, im hiesigen Leipziger Bahnhofe von Sr. Majestät dem Könige und dem Prinzen Georg empfangen und nach Pillnitz geleitet worden. König Albert trug die russische Jägeruniform. Vor dem hiesigen Bahnhofe war eine Eskadron Kavallerie, auf der Eisenbahnstation Niederseiditz und in Pillnitz Ehrenkompagnien aufgestellt. Nach dem „Dresdener Journal“ findet in Pillnitz um 4 Uhr Tafel in Zivil statt und um 6 Uhr setzt Kaiser Alexander die Reise nach Warschau fort. Der russische Gesandte von Kozelue und zwei hohe sächsische Offiziere waren dem Kaiser bis Leipzig entgegengefahren. In Pillnitz wurde der Kaiser von der Königin, der Herzogin von Genua und der Prinzessin Georg empfangen.

**Wien, 7. Juli.** Der Erzherzog Albrecht ist heute nach Warschau abgereist, um dort den Kaiser von Rußland auf seiner Durchreise zu begrüßen, und wird voraussichtlich längere Zeit in Rußland verweilen.

**München, 7. Juli.** Die zweite Kammer verhandelte heute in der Generaldiskussion über die Gewährung eines Kredits für die außerordentlichen Heeresbedürfnisse. Für die Bewilligung sprachen der Referent Böck und der Abg. Kraushold, gegen dieselbe der Abg. Freitag. Letzterer rügte insbesondere das Verfahren des Kriegsministers, welcher die jetzt verlangten Gelder bereits vor Genehmigung der Kammer veranschlagt habe. Der Kriegsminister, Freiherr v. Franck, erklärte darauf: Im Ganzen handle es sich bei Bewilligung dieser Mittel zunächst um die Erfüllung vertragsmäßiger Verpflichtungen und sodann um die Versorgung des Heeres nach den Grundrissen der Humanität. Dazu gehöre, daß das kaiserliche Heer in derselben Verfassung erhalten werde, wie die übrigen deutschen Heere; bisher habe es hierfür noch keines Befehls von Seiten des Reichs bedurft, welcher hoffentlich auch in Zukunft nicht erforderlich sein werde; was eine Verweigerung der Mittel jedoch zur Folge haben werde, wolle er nicht erwähnen. Ebenso sei die Verbesserung der Kasernen und des Lazaretwesens unabwendbar. Gegenüber dem Vorwurf, daß er sich unkonstitutionell verhalten habe, bekenne er, in der ihm gestellten Alternative zwischen den Pflichten gegen die Verfassung und gegen die Interessen des Landes und des Heeres letztere vorgezogen zu haben, er trage alle Konsequenzen der Verfassungsverletzung im Bewußtsein, das Land gegen etwaige Katastrophen vorbereitet zu haben. Was die Finanzlage des Landes angehe, so habe Bayern 158 Mill. Kriegsschadungsgelder erhalten, wovon, abzüglich aller Kosten incl. des verlangten Kredits von 24 Mill., ca. 50 Mill. noch dem Lande verbleiben

würden. Der verlangte Kredit halte sich daher in bescheidenen Grenzen und der Anspruch der Armee sei ein wohlberechtigter und wohlgegründeter. Bei der Spezialdebatte über die Gewährung eines außerordentlichen Militärkredits werden sämtliche auf Ablehnung der vom Ausschusse genehmigten Positionen abzielenden Anträge des Abg. Freitag abgelehnt; ferner wird auch der Antrag des Abg. Duerrschmidt auf Bewilligung von 350,000 Fl. zur Herstellung von Granatländern nach preussischem Muster mit 83 gegen 63 Stimmen abgelehnt. Dagegen wird der Antrag des Abg. Marquardsen, wonach die vom Ausschusse zum Bau von Baracken auf dem Lechfelde beantragte Summe um 230,000 Fl. erhöht werden soll, sowie der Antrag des Abg. Schmidt, daß die vom Ausschusse zur Erneuerung der Festungsartillerie und zur Ergänzung des Belagerungsparks vorgeschlagene Summe um 700,000 Fl. erhöht werde, angenommen. In Folge dieser Abstimmungen stellt sich die für das Militäretablisement bewilligte Summe im Ganzen auf 9,457,660 Fl., gegenüber dem von der Regierung geforderten Betrage von 10,823,900 Fl. Hierin sollen 9,379,160 Fl. aus den Kriegsschadungsgeldern 78,500 Fl. aus dem Erlöse von früheren Militärbeständen bestritten werden. Der außerordentliche Militärkredit wurde in dieser Gestalt mit 136 gegen 13 Stimmen bewilligt. — Im Laufe der Diskussion hatte der Abg. Freitag unter lebhaftem Beifall seitens eines Theiles der Patriotenpartei gegen die gestrigen Auslassungen des Abg. Maier über den Fahneneid Verwahrung eingelegt.

**Bern, 7. Juli.** Der schweizerische Gesandte in Berlin, Oberst Hammer, wird die Schweiz auf dem internationalen Kongresse in Brüssel vertreten.

**Basel, 7. Juli.** Die Regierung von Solothurn hat dem Kloster Mariastein, wie die „Baseler Nachrichten“ melden, die Verwaltung seines Vermögens entzogen und von Staatswegen einen Verwalter und einen Kommissarius angestellt.

**Belfast, 7. Juli.** Die Besitzer der hiesigen Spinnereien wollen die Arbeitslöhne um 10 pCt. herabsetzen. 30,000 Arbeiter haben deshalb seit gestern die Arbeit eingestellt. Die Spinnerereien werden, wie es heißt, nach 14 Tagen die Werkstätten vollständig schließen.

## Brief- und Zeitungsberichte.

**BAC. Berlin, 7. Juli.** Die Stellung der Verwaltungsgerichte. Neulich ist in öffentlichen Blättern ein Fall zur Sprache gekommen, welcher rechtzeitige Aufmerksamkeit verdient. Der Minister des Innern soll ein Verwaltungsgericht, welches den Einspruch eines Landraths als gesetzlich unzulässig erkennt, nichtig zurückschicken, über die Unrichtigkeit dieses Urtheils belehrt haben, weil das Gesetz einen anderen Inhalt ergebe. Eine solche Belehrung liegt außerhalb des Verhältnisses, welches das Gesetz zwischen der Verwaltungsbehörde und dem erkennenden Verwaltungsgerichte gezogen hat. Das Verwaltungsgericht hat mit einer Verwaltungsbehörde nichts gemein, sondern entlehnt den ersten Ausdruck seines Namens dem Umfange, daß die Gegenstände der Verhandlung sich auf Verwaltungssachen beziehen und auch eine Vertretung der Verwaltungsbehörde ebenso wie ein richterlicher Beamter bei der Zusammenfassung des Gerichtshofes zugezogen wird. Der Schwerpunkt aber fällt auf die Eigenschaft der Behörde als eines wahren Gerichtshofes, der seine Erkenntnisse mit derselben Wirksamkeit fällt, wie irgend ein anderes der gewöhnlichen Landesgerichte und auch im Verfahren gleicher Selbstständigkeit sich erfreut; auch das Verwaltungsgericht hat allein dem Gesetze zu folgen und keiner anderen Anweisung. Es versteht sich von selbst, daß die „Belehrung“, welche der Minister des Innern dem Gerichte zu Theil werden ließ, keinerlei Wirkung ausübt, weder in Hinsicht des bereits erlassenen Erkenntnisses, noch als Maßstab für die Zukunft. Der Ausspruch des Ministers hat hier nur den Werth einer gelehrten Ansicht, welche die einzelnen Richter wie irgend eine solche eines anderen Privatmannes beachten mögen oder nicht; ein äußerer Einfluß ist weder gestattet, noch ist die Handhabung dazu geboten. Wenn der Minister dennoch zu der privaten Thätigkeit eines Gutachters sich herbeigelassen hat, so scheint er dazu veranlaßt, weil bis jetzt ein höchster einheitlicher Verwaltungsgerichtshof für das ganze Land noch nicht existirt; es fehlt deshalb an einer Kontrolle über die Einheitlichkeit der Grundröße und man kann sich leicht denken, daß dieser Mangel die höchste Verwaltungsbehörde im Lande zu der freiwilligen Thätigkeit veranlaßt, eine solche Kontrolle auszuüben. Dennoch schlagen wir den Schaden der versuchten Einmischung des Ministers viel höher an, als den Vortheil, welchen ein solches Aufmerksammachen der Verwaltungsgerichte auf gewisse gesetzliche Grundröße mit sich bringen könnte. Das alleinige Stillschicken gegen verschiedenartige Aussprüche der Verwaltungsgerichte oder gegen eine auffällig gesetzwidrige Entscheidung eines einzelnen Verwaltungsgerichts ist in der Einsetzung eines höchsten einheitlichen Verwaltungsgerichtshofes zu suchen. Der berichtete Fall sowie auch Erfahrungen, welche anderweit zu unserer Kenntniß gekommen sind, beweisen, daß im Interesse der Rechtspflege die dringendste Nothwendigkeit zu einer solchen Einrichtung vorhanden ist und deshalb erwarten wir, daß ein darauf bezüglicher Gesetzentwurf bis zur nächsten Landtagssession ausgearbeitet werden wird. Schon bei der ersten Verathung der Provinzial-Ordnung in der vorigen Landtagssession ist hervorgehoben worden, daß dieselbe eine völlig mangelhafte sei, so lange der höchste Verwaltungsgerichtshof ihr nicht beigelegt sei, und es hat wesentlich zur Vertagung der weiteren Verathung dieser Vorlage beigetragen, daß eine solche Vorlage, wie auch ein Gesetzentwurf über die Provinzialfonds gefehlt hat. Geräumige Zeit ist nunmehr gewonnen und ist anzuneh-

men, daß diese beiden Gesetzentwürfe, welche unzertrennlich zu der Provinzialordnung gehören, gemeinsam mit derselben dem Landtage in der nächsten Session vorgelegt werden. Bis dahin muß der Uebelstand, daß ein einheitlicher höchster Verwaltungsgerichtshof fehlt, ertragen werden; es ist nicht unbekannt gewesen, daß dieses Uebel eintreten würde; es war aber wichtiger, überhaupt erst mit der Einsetzung von Verwaltungsgerichten einen Anfang zu machen und die damit verbundenen Unvollkommenheiten eine Zeit lang zu tragen; wir wünschen nicht, daß in der Zwischenzeit die Verwaltungsgerichte diskreditirt und Versuche gemacht werden, ihren eigentlichen Charakter als wahre Gerichtshöfe zu verdunkeln.

Der König von Sachsen wird, wie die „Indep. Belge“ erfährt, am 20. d. M. in Osterreich eintreffen und daselbst während eines Theiles der Badesaison verweilen. Derselbe wird von dort aus Ausflüge bis nach Pest unternehmen. — Wie verlautet, hat Fürst Milan von Serbien die Erlaubniß nachgesucht, während des Besuchs des Kaisers Wilhelm in Pöhl den Kaiserin von Deutschland und Oesterreich aufwarten zu dürfen.

Wie die „Nat.-Ztg.“ berichtet, hat die hiesige afrikanische Gesellschaft den Vizekönig von Egypten zu ihrem Ehrenmitgliede ernannt. Das darüber sprechende, nach den Ideen des Dr. Schweinfurth von dem Hoffalligraphen Ernst Schulz gefertigte Ehren-diplom ist überaus kunst- und geschmackvoll. In einer phantastischen Umrandung von Arabesken zeigt dasselbe verschiedene Skizzen aus dem Innern Afrikas, während am Kopfe Deutschland, Asien und Afrika sich brüderlich die Hand reichen. Der Innenraum trägt folgende mit kunstvollen Initialen decorirte Widmung: „Se. Hoheit den Khedive von Egypten hat in dankbarer Anerkennung wiederholter und großmüthiger Unterstützung wissenschaftlicher Reisender die deutsche Gesellschaft zur Erforschung Zentral-Afrikas zu ihrem Ehrenmitgliede erwählt. Berlin, Juni 1874.“

Kürzlich war in der Presse davon die Rede, daß das deutsche Geschwader in die spanischen Gewässer gehen werde. Der „E. S.“ zufolge ist das irrthümlich. „Die Schiffe unter dem Befehl des Kapitäns Gent führen Manöver aus und da kann es wohl sein, daß in Lissabon angelangt wird. Der Aufenthalt daselbst würde aber höchstens 24 Stunden dauern können. Das ganze Geschwader ist schon bis zum 19. Juli in der Dfise zurück, um die Schießübungen bei Döbbitz abzuhalten.“ — Zugleich theilt die „E. S.“ mit, daß das Panzerschiff „König Wilhelm“ in der zweiten Hälfte dieses Monats den Hafen verlassen und einige Tage in der Nähe von Helgoland manöveriren wird, um der Welt zu zeigen, daß das Schiff nicht festliegt, gleichzeitig aber auch, um die Seetüchtigkeit der Maschine festzustellen. (Der „N. St. Ztg.“ zufolge, sollte der „König Wilhelm“ schon am 6. d. eine 24tägige Fahrt in See unternehmen.) — Wie die „Danz. Ztg.“ meldet, wird im Herbst dieses Jahres das Panzergeschwader in der Danziger Bucht größere Schießübungen abhalten.

Der königliche Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte hat in Betreff der Schulacht außerhalb der Schulzeit und des Schulkolles und durch einen anderen als den Klassenlehrer die Verschreitung des Rechtebuchs für unzulässig erklärt. Dieser Entscheidung liegt folgender interessanter Thatbestand zu Grunde.

Auf einem Spaziergange begegnete ein Schüler der Tertia des Gymnasiums in B. in Begleitung mehrerer Mitschüler einem Oberlehrer dieses Gymnasiums. Nachdem die Schüler den Verklagten grüßend passiert hatten, soll ein Schüler gefragt haben, wer der Verklagte sei. Ein anderer Schüler habe geantwortet, daß sei der Dr. R. — genannt der „Kleine R.“ Hierauf soll nun der Oberlehrer jenen Schüler herangerufen, ihn wiederholt ins Gesicht geschlagen und einen ganz unverkennbaren Bengel genannt haben. In Folge der von dem Vater des geachteten Knaben gegen den Oberlehrer angebrachten Injurienklage wurde der Letztere denn auch in contumacia der thätlichen und öffentlichen Beleidigung, resp. Mißhandlung für schuldig erachtet und zu 5 Thlr. Geldbuße verurtheilt. Das königliche Provinzialschul-Kollegium erhob jedoch innerhalb der Frist zur Einlegung der Rechtsmittel den Kompetenzkonflikt, indem dasselbe ausführte, daß die Handlung des betreffenden Oberlehrers ein Akt der Schulacht sei, eine wirkliche Beleidigung aber, von deren Vorhandensein die Zulässigkeit der gerichtlichen Verfolgung abhängt, nicht behauptet sei. Der Gerichtshof zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte ist dieser Auffassung überaus beigetreten, ebenfalls davon ausgehend, daß die Handlung des Lehrers sich lediglich als ein Akt der Schulacht charakterisire, zu dem derselbe, auch wenn er nicht Klassenlehrer des Schülers war und obgleich die Handlung auf öffentlicher Straße vorgenommen, vollständig berechtigt ist. Ob der betreffende Lehrer bei seinem Vorgehen gegen den Schüler das ihm zustehende Bistigungsrecht mißbraucht oder unrichtig angewendet hat, darüber zu entscheiden, steht nicht dem Richter, sondern allein seiner vorgesetzten Aufsichtsbehörde zu.

Die Aufhebung des Zeitungstempels und der Rationen ist doch nicht so ganz spurlos vorübergegangen, wie man für gewöhnlich annimmt, wenn auch die Wirkung auf die reichshauptstädtische Presse sich auf ein Minimum reduziert. Der letzte Nachtrag zum Post-Zeitungs-Preis-Courant zählt 92 neue Zeitungen auf, von denen 3 auf das Ausland, 17 auf das außerpreussische Deutschland entfallen, so daß dem neuen deutschen Pressefeld 72 neue Zeitungen und Zeitschriften direkt ihre Entstehung verdanken. Berlin partizipirt daran nur mit drei Fachzeitschriften und einer politischen sozial-demokratischen Monatschrift „Vollständige Westfälische Zeitung für Arbeiter.“ Am rührigsten erwies sich die Provinz Westfalen mit 13 neuen Zeitungen, dann folgen die Provinzen Sachsen mit 11, Hannover mit 10, Schlesien mit 9, Brandenburg mit 7, Pommern und Rheinprovinz mit je 5, Preußen mit 4, Schleswig-Holstein und Hessen mit je 2 neuen Zeitungen. — Insgesamt erscheinen gegenwärtig 396 Zeitungen und Zeitschriften in deutscher Sprache.

Königsberg, 5. Juli. Seit gestern befindet sich die beiden Bischöfe Krementz von Ermland und Dr. Kleinens in unserm



Mauern, um, Ersterer in der katholischen Kirche die heute von dem Propst Dinder und Legterer in der Eöbenich'schen Hospitalkirche, die vor acht Tagen von Pfarver Grunert eingeweihten Kinder zu firmen. Es ist ein eigentümlicher Zufall, diese beiden Bischöfe an einem und demselben Tage hier zu sehen, und erklärt sich die unerwartet frühe Herüberkunft nebst der vorgenommenen Firmung des Bischof Krements vielleicht durch ein von einem übergeschnappten Infallisten an den Chef-Redakteur der „Hartung'schen Zeitung“ Dr. Rösler-Mühlfeld gerichteten Schreiben. In demselben heißt es u. A. nämlich wörtlich: „Sie möchten wohl gerne wissen, ob der hohe Gast bloß zufällig hier anwesend sein wird. Eigentlich ist es uns verboten, aus gewissen Gründen hierüber zu sprechen, aber ich folge meinem Freimuthe; denn mein Handeln ist nur Wahrheit und was thut's auch, ich begehre vielleicht ein gottgefälliges Werk, wenn ich Sie befehle und somit einen solchen Mann für unsere herrliche Sache gewinne. Nun denn, wie uns unser Propst gesagt, wird der hohe Herr Bischof am nächsten Sonntag, wenn unsere Katechumenen eingeweiht werden, gleich darnach auch firmen, um dieselben im jetzigen Glauben zu befestigen und sie kurz vor dem Stalle dem Wolf zu entreißen“ u. f. w. Dies dürfte der Wahrheit sehr nahe liegen und gleicht der Herr Bischof Krements somit einem Jäger, der mit Aufopferung seiner sonst gewohnten Ruhe, seinem Kollegen das Wild abjagen will. In Ermland könnte dieses Treiben vielleicht von Nutzen sein, hier in Königsberg aber wird der Herr Bischof damit kein Glück haben.

**Glogau, 6. Juli.** Heute tagte hier der XI. schlesische Gewerbetag. Wir theilen aus den Verhandlungen diejenigen Resolutionen mit, welche von allgemeinem Interesse sind. Auf der Tagesordnung stand zunächst nach dem Jahres- und Klassenbericht:

Die Anstellung von Wanderlehrern. (Referent Herr Dr. Fiedler.) Dieselbe wurde im Verein mit der Position der Tagesordnung: „Antrag auf Anschließung an die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ (Referent Herr Dr. Meyer-Rawicz) angenommen. Herr Dr. Fiedler erkennt die Wichtigkeit von Wanderlehrern an, man sehe täglich die großen Erfolge, welche die vom landwirthschaftlichen Zentralverein ausgesendeten Wanderlehrer erzielen, aber die Kasse des Zentral-Gewerbevereins sei zu schwach, um Wanderlehrer engagieren zu können. Man müsse an den Staat herantreten und von diesem für die Gewerbe-Interessen dasselbe Interesse fordern, welches derselbe den landwirthschaftlichen Vereinen gewähre. Er beantragte folgende Resolution:

Der XI. schlesische Gewerbetag beauftragt den Ausschuss mit aller Kraft für die Anstellung von Wanderlehrern und Beschaffung der zu diesem Zwecke nöthigen Mittel zu wirken.

Herr Dr. Meyer-Rawicz kann sich für die Staatshilfe nicht erwärmen; man möge sich dem Vereine für Verbreitung von Volksbildung anschließen. Dieser Verein sei im Jahre 1870 gegründet worden und zählt jetzt bereits 445 Zweigvereine, drei Wanderlehrer sind im vorigen Jahre thätig gewesen, dieselben haben 400 Vorträge gehalten, 40 Volkshilfsschulen seien gegründet worden. Er empfehle, die Bestrebungen der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung mit allen Mitteln zu unterstützen und einen dahin wirkenden schlesischen Provinzial-Verein zu gründen. Herr Dr. Eras-Breslau wünscht, daß der Gewerbe- und jener Berliner Verein sich gegenseitig unterstützen, man könne Wanderlehrer gemeinschaftlich anstellen. Schließlich beantragte Herr Dr. Fiedler: der Zentral-Gewerbe-Ausschuss möge beauftragt werden, mit dem Vorstände der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung wegen Beschaffung von Wanderlehrern in Verbindung zu treten. Beide Resolutionen wurden einstimmig angenommen.

Ueber die gewerblichen Fortbildungsschulen referirt Herr Stadtrath Wehner-Glogau. Er bemerkt, daß die Frage der gewerblichen Fortbildungsschulen noch lange nicht abgeschlossen sei. Es ist nur ein theoretischer Fortschritt, wenn jetzt ziemlich allgemein und auch vom Gewerbetage die Nothwendigkeit des Zwanges für alle Schulbedürftigen anerkannt wird. Es muß aber bezweifelt werden, daß die Sache praktisch durch die Anerkennung weiter gefördert worden ist. Es ist nöthig, daß die Nothwendigkeit des Zwanges im Prinzip anerkannt wird. Redner führt: dies des Weiteren aus und beantragt:

In Erwägung: daß die Durchführung des Zwanges in den Handwerker-Fortbildungsschulen mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden, daß namentlich der regelmäßige Schulbesuch nur durch Polizeistrafen zu erzielen, diese aber für einzelne Schulverrückte hart und gehässig erscheinen, daß ferner für Festhaltung von Strafen bei Vergehen gegen die Disziplin und Schulordnung keine gesetzliche Grundlage vorhanden ist, mithin alle Mittel fehlen, um den Schüler zu einem regelrechten Verhalten während der Unterrichtsstunden zu zwingen, in Erwägung ferner:

daß ein Mangel an geeigneten Lehrkräften für diese Schulen und besonders an Zeichnungslehrern vorhanden, wolle der XI. schlesische Gewerbetag beschließen, den Herrn Unter-richtsminister in einer Petition zu bitten:

1) auf dem Wege der Gesetzgebung eine gleichmäßige für alle Handwerker-Fortbildungsschulen gültige Verfassung in der Weise zu bewirken, daß sie bezüglich der Mittel zur Erlangung des regelmäßigen Schulbesuchs und Herstellung einer geordneten Disziplin allen anderen öffentlichen Schulen gleich und einer in der Provinzial-Hauptstadt zu schaffenden amtlichen Zentralstelle untergestellt werden.

2) Besondere Lehrkurse auf den Seminarien in fakultativer Weise zur Ausbildung geeigneter Lehrkräfte für die Handwerker-Fortbildungsschulen einrichten zu wollen.

Herr Dr. Samter-Grünberg ist gegen jeden Zwang, der Staat würde die ganze Last auf die Kommunen wälzen, der fakultative Besuch sei völlig genügend, er könne dies aus Erfahrungen bestätigen. Die Herren Direktor Noeggerath-Brieg und Dr. Fiedler-Breslau unterstützen den Wehner'schen Antrag, wünschen jedoch, daß nicht bei dem Herrn Unterrichtsminister petitionirt, sondern bei den zu ändernden Staatsbehörden der Antrag gestellt werde. In dem zweiten Theile des Wehner'schen Antrages sollen die Worte „auf den Seminarien“ wegfallen. Nachdem der Herr Referent das Amendement der Herren Noeggerath und Fiedler akzeptirt, wird zur Abstimmung geschrieben und der Wehner'sche Antrag mit dem bezeichneten Amendement mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Ein anderer Punkt der Tagesordnung betraf die Arbeiter-Erranken- und Pensions-Kassen. (Referent: Herr Dr. Eras-Breslau.) Der Referent giebt eine ausführliche Schilderung des Zustandes dieser Kassen und betont ganz besonders, daß die Gelder auch zu ganz anderen Zwecken, z. B. in Stricks, verwendet worden sind. Er beantragt zu erklären:

1. Es ist wünschenswerth, daß im Wege der Reichsgesetzgebung unverzüglich besondere Vorschriften über die Errichtung von Arbeiter-Pensions- und Altersversorgungskassen getroffen und die Ertheilung von Korporationsrechten an Normativbestimmungen geknüpft werden.

2. Bei dem Erlaß eines begünstigten Gesetzes ist zu bestimmen, daß die Arbeiter-Pensionskassen durch einen permanent angestellten Reichsbeamten (Revisor) auf ihre Solvenz geprüft werden müssen, ehe sie die Rechte einer staatlich anerkannten (regulirten) Kasse erhalten können.

3. Die Errichtung von Arbeiter-Pensionskassen durch die großen Kommunal-Verbände, nach den Grundrissen der Selbstverwaltung, ist zugelassen und zu fördern, dagegen zu untersagen, daß die Mitgliedschaft von der Zugehörigkeit zu einem anderen politischen oder sozialen Vereine abhängig gemacht werde.

4. Von der Konstitution eines Beitrittszwanges für gewisse Arbeitsbranchen oder Berufe ist Abstand zu nehmen.

Der Antrag rief eine lebhafte Debatte hervor und wurde, nachdem Herr Dr. Eras sich bereit erklärt, ad I. hinter dem Worte „Reichsgesetzgebung“ das Wort „unverzüglich“ einschalten zu wollen, einstimmig angenommen.

**Aus dem Großherzogthum Hessen, 4. Juli** schreibt man dem „Frl. Journ.“: Welche Bedeutung für unser Land der bevorstehende Erlaß einer gemeinsamen Gesetzgebung für das deutsche Reich haben wird, erhellt aus Folgendem: Die zum Großherzogthum Hessen gehörigen Landestheile bildeten vor der französischen Revolution 45 kleinere Territorien geistlicher und weltlicher Herren mit den verschiedenartigsten Rechten. Eine Folge hiervon war die, daß in Hessen und in der Provinz Rheinhessen ein einheitliches Recht, die französische Gesetzgebung gilt, während in den beiden übrigen Provinzen mit 114<sup>1</sup>/<sub>100</sub> Quadratmeilen neben dem gemeinen Rechte und einer Masse heftiger Spezial-Gesetze jener Wust von Landrechten noch Anwendung findet, wie er aus dem heiligen römischen Reiche auf uns überging. So gilt in den alt-hessischen Landestheilen (102 Gemeinden) das Ragenellenboger Landrecht, in dem früher kurpfälzischen und kurmainzer Gebieten das pfälzer und mainzer Landrecht, in 38 Ortschaften des Gebietes der Grafschaft Büdingen haben die sogenannten hsenburger Verordnungen von 1769 noch Anwendung zu finden, während in 120 Gemeinden Oberhessens noch das solms'sche Landrecht besteht. Außerdem gilt noch in einem Theile des Odenwaldes das erbacher Landrecht und an einzelnen Orten noch besondere Stadtrechte und Grundgebräuche, so daß es kaum einem Juristen möglich ist, sich durch dieses Labyrinth von Rechten hindurchzuminen. Als Kuriosum sei noch erwähnt, daß einzelne Orte getheilt sind; so gilt z. B. in dem kaum 300 Seelen zählenden Orte Seltershausen auf der früher mainzischen Seite das mainzer Landrecht und auf der früher gräflich erbachischen Seite das erbacher Landrecht. Es läßt sich leicht begreifen, daß jenes Sammelfurium der verschiedensten Rechtssysteme eine wahre Plage für manche Gegenden ist, umso mehr, als die einzelnen Bestimmungen vielfach unklar und bestritten sind, deshalb zu Prozessen und Schikanen aller Art benutzt werden. Möge dem Reichstage bald der Entwurf eines gemeinsamen deutschen Zivil-Gesetzbuches vorgelegt werden, damit die Rechts-Unsicherheit, wie sie auf vielen Gegenden lastet, ihrem Ende naht.

**Wien, 5. Juli.** [Internationale Sanitäts-Conferenz.] Vorsitzender Stadtrath Lenz (Austland). Nach Bericthung des Protokolls wurde gleich zur vierten Frage des Programmes: Ueber die Verschleppbarkeit der Cholera durch Choleraleichen, übergegangen. Hierzu theilte Polak (Persien) ein Telegramm des persischen Ministers des Aeußern mit betrefend der angeordneten hygienischen Maßregeln beim Leichentransporte und der Anlegung der Friedhöfe angeliefert. Die Versammlung nahm diese Kundgebung sehr beifällig auf. Die Frage bezüglich der Infektionsfähigkeit der Choleraleichen wurde bejahend beantwortet. Ebenso entschied sich der Congreß betrefend der Choleraverbreitung durch die Luft im Sinne der Verhandlungen zu Konstantinopel während 1866. Eine sehr eingehende, laue dauernde Diskussion entpinn sich über die Incubationsfrage. Als erster Redner trat Bettendorfer (Deutschland) auf, indem er vortrug die Möglichkeit, diese Frage positiv zu beantworten, nach den hieher bisher vorliegenden Thatsachen als noch nicht spruchreif hielt. Nach seiner Ansicht und Erfahrung könnte aber nie von einer wahrscheinlichen Incubationszeit die Rede sein. Mit bestimmten Zahlen diese Frage beantworten zu wollen, sei nicht zulässig. Nach seinen Beobachtungen betrefend der Dauer der einzelnen Haus Epidemien in München könne er allenfalls eine Dauer von vierzehn Tagen als Incubationszeit annehmen, da eben die durchschnittliche Anwesenheit der Seuche in einem Hause zw. 7 bis vierzehn Tage betrage. Dies gelte indeß nur, wenn man von der örtlichen Incubationsdauer spreche. Hiegegen trat Drafsche (Oesterreich) für eine viel kürzere örtliche Incubationszeit ein. Seine diesbezüglichen Beobachtungen stimmten ganz mit Bettendorfer überein, wenn die Sterbepunkte der Berechnung zur Unterlage dienen. Weit anders und viel natürlicher gestalte sich das Verhältniß, wenn die Erkrankungszeit zu Grunde gelegt werden; da ergebe sich dann gerade die Hälfte des ersten Zeitraumes. In dieser kurzen Incubationszeit liege auch die größte Gefährlichkeit für das Betreten eines Seuchenherdes. Hiesfür führte er auch noch Beweise aus der perzentuellen Zusammenstellung der allgemeinen Mortalität an, da ja die meisten Choleraerkranken bis zum vierten Krankheitstage mit Tode abgingen. Zehender (Schweiz) sprach allerdings auch für eine viel kürzere Incubationsdauer im Ganzen und Großen — indeß gebe es auch Fälle von längerer Andauer. Didion (England) hält die Angelegenheit noch nicht für spruchreif. Riculuf (Norwegen) will dagegen nur eine sehr kurze Incubationsdauer von zwei bis fünf Tagen gelten lassen. Drionides (Griechenland) theilt seine Erfahrungen von dem griechischen Inselstaat mit, welche dahin gehen, daß die Cholera eine Incubationszeit von fünf bis sieben Tagen habe. Schleißner (Dänemark) führt einzelne Fälle ganz reiner Beobachtung an und spricht sich für drei bis vier Tage aus. Schmit (Luzemburg) hat einen Fall von achtzehntägiger Incubationsdauer beobachtet. Dr. Berlin (Schweben) betont die Schwierigkeit einer endgültigen Entscheidung, hält aber an einer Incubationsdauer von vier Tagen fest. Semmola und Souza (Italien und Portugal) stehen in berechneten Worten für die Bestimmung einer möglichst kurzen Incubation ein und machen hierbei den Einfluß des Klimas wahrscheinlich. Zum Schluß versucht Bettendorfer, die angeführten Einwürfe zu entkräften und seinen Standpunkt durch Anführung noch weiterer Thatsachen zu stützen. Bei der Abstimmung hieüber trat die Majorität der Conferenzen den Konstantinopeler Verhandlungen und Beschlüssen betrefend dieser Frage, also der möglichst kurzen Incubationsdauer der Cholera bei.

**Aus Bern vom 3. Juli** geht verschiedenen deutschen Journalen folgende interessante Mittheilung zu: Die französische Regierung hat beschlossen, auf schweizerischem Grenzland, nicht weit von der französischen Grenze ein Denkmal zum Andenken an das großmüthige Benehmen der Schweiz zu errichten, als dieselbe die Soldaten von Bonaparte's Armee auf ihrem Gebiete aufnahm und sie aus Brüderlichkeit beherbergte. Dieses Denkmal wird ein auf granitener Unterlage bestehendes ruhendes Piedestal von zusammen 4 Meter Höhe besitzen. Der Fries des Piedestals wird mit 22 Schildern von emailirter Lava, die Wappen der 22 Kantone darstellend, geziert sein. An die vordere Seite des Piedestals wird sich eine Pyramide anlehnen, mit folgender Widmung: „1870 bis 1871, der helvetischen Republik die dankbare französische Republik.“ Rechts und links stehen zwei Bronzegruppen. Die erste, die „Ankunft“, stellt einen von Hunger, Kälte und Ermüdung erschöpften, in die Arme eines Schweizerbauern und einer Bäuerin fallenden französischen Soldaten dar. Die zweite Gruppe, die „Abreise“, zeigt den nämlichen Soldaten, Abschied nehmend von denen, die ihn so großmüthig beigesprungen sind. Endlich erhebt sich noch die drei Meter hohe Hauptgruppe aus Marmor über dem Piedestal: „das erschöpfte Frankreich, seine Kinder der Schweiz anvertrauend.“

**Paris, 6. Juli.** Monsieur de Villemessant giebt im „Figaro“ folgende Erklärung mit seiner Namensunterschrift:

Ende Oktober 1873 hatte Monseigneur der Graf v. Chambord nur ein Wort zu sagen, um durch die Vertreter der Nation zum Throne seiner Väter berufen zu werden. Ich ging nach Wien, wo ich die Ehre hatte, von Monseigneur empfangen zu werden und mit ihm eine lange Unterredung zu haben, von der ich niemals ein Wort wiederholt habe; aber als ich die Wohnung des Prinzen verlassen, schickte ich eine De-

pesche nach Paris, worin ich äußerte: „Ich bin niedergeschlagen, aber wir haben nur noch Eins zu thun. Wir waren Legitimisten und Konserbative, wir werden Konserbative bleiben.“ Ich hatte die Ehre, Monseigneur zu sagen, was ich jetzt ohne Verstoß drucken lassen kann: „Sie müssen begreifen, wie glücklich ich wäre, wenn ich die weiße Fahne wiederfände! Aber ich bin überzeugt, daß, wenn Emmenten und Barrikaden zum Vorschein kämen, niemals die Armee auf die Insurgenten schießen würde, wenn sie die dreifarbige Fahne aufstiecken.“ Das Manifest, das ich so eben gelesen, ist geschrieben wie Alles, was aus der Feder Monseigneurs des Grafen v. Chambord kommt. Es ist eine an Styl, Festigkeit und Herz bewundernswürdige Erklärung. Aber da in derselben von der Fahne nicht die Rede ist, so glaube ich, daß es meine Pflicht ist, es nicht zu veröffentlichen.

Villemessant fährt jetzt unter der dreifarbigen Flagge des Mar-challs Mac Mahon und dieser will bekanntlich von der weißen Fahne nichts wissen. Daß im Oktober v. J. der Monseigneur von Frohsdorf nur ein Wort, Befehring zur Trifolore, habe auszusprechen brauchen, um von den Vertretern der Nation zum Throne der Bourbonen berufen zu werden, ist eine der wohlfeilen Nebenarten, mit denen er als geriebener Hofmann seine Erklärung, die an der Situation freilich nichts mehr ändern kann, einzwickeln versteht. Genug, auch Fälscher wie Villemessant und sein „Figaro“ sind überzeugt, daß die Projekte der Legitimisten keinen Boden mehr zu vortheilhaften Parteilagerchaften bieten. Mac Mahon wird mit dem „Figaro“ zufrieden sein.

„Wahrhaftig wir haben die Republik!“ ruft spöttisch das „Univers“ über die Suspendirung der „Union“ aus, „man merkt die Republik in der Art, wie die Minister den Rechten aller derjenigen, die sie nicht fürchten, Hohn sprechen, und an der Art, wie diese Rechte von Allen, denen sie nicht unmittelbar Vortheil bringen, Preis gegeben werden.“ Das arme Afschenbrödel Republik! Uebrigens sind die Anhänger des Roi, wie „Univers“ versichert, voll Hoffnung, die Abgefallenen voll Gewissensbisse und die Republikaner zittern. Die armen Republikaner! Der „Figaro“ schreibt über die Geburtsgeschichte des Manifestes: Graf Chambord, der in Frohsdorf an einer Luftfröhlichkeit und an einer Verrenkung zugleich, obwohl nicht gefährlich, danieder liege, habe das Schriftstück an Mayol de Lupé gerichtet gehabt, mit dem Befehle, es am Nachmittage abzuhandeln. Carayon-Latour erhielt erst um 4 Uhr Wind von dem Manifeste, in dem Augenblicke, als es in der „Union“ erschien. Der „Figaro“ ist heute schon so weit vorgeschritten, daß er der „Union“, der auf vierzehn Tage ins Wasser gelegten ehemaligen geliebten Schwester, zureut. „Wie ihre Vorgänger von der Quotidienne die Monarchie Karl's X. ins Verderben fortgetrieben, so haben die Redakteure der „Union“ die Herstellung der Monarchie Heinrich's V. verhindert. Sie haben einen Schleier zwischen Frankreich und ihm aufgezogen; niemals haben sie Jemand zur Legitimität befehrt, nie Jemand überzeugt, und wenn im vorigen Oktober die Monarchie nicht zu Stande kam, so trägt die „Union“ keinen kleinen Theil der Schuld.“ Der „Figaro“ erzählt auch, daß in der letzten Sitzung die politischen Damen eine Diversion zu machen versuchten: „Die Schwägerin des Herzogs Decazes erschien im ersten Range der Tribünen (in der National-Versammlung) in Trauerkleidern; eine Minute darauf erschien Madame Fourtou, dann Madame de Cumont. Was ging vor? Wollten „Mesdames les ministres“ sich mitten in den Kampf stürzen wie die Sabinerinnen zwischen Sabinern und Römern?“ Der „Figaro“ beweist seine tüftl vornehme Haltung auch dadurch, daß er heute doch noch, aber hintenan vor den Lokal Nachrichten, das Manifest Chambord's bringt, weil es nun einmal ein Altenstück sei, das man doch gelesen haben müsse. Aber das Manifest ist mehr als ein Stück Papier, es hat gewirkt wie ein Pulverfaß, und die Koalition der moralischen Ordnung ist gesprengt, an allen Ecken und Enden klaffen Risse, die alten Waffenbrüder behandeln sich heute wie bittere Feinde und werfen einander falsches Spiel vor. „Vierundzwanzig Stunden reichten hin, um diese gespannten Verhältnisse zwischen der Regierung und der legitimistischen Partei zum Ausbruch zu bringen“, äußert der „Temps“; „denn allerdings ist es die gesammte Partei, die gemäßigte und die äußerste Rechte, welche sich von dem Septennium, so wie das rechte Centrum dasselbe aufricht, trennt, und zwar gerade in dem Augenblicke trennt, wo die Dreißiger-Kommission mit Willen den zweideutigen Charakter seines Werkes überstreift und möglichst viel Raum zu stillen Vorbehalten zu gewinnen sucht. Vergebliches Bemühen! Die Dreißig und die Bonapartisten hatten die Unterstützung der Legitimisten ganz besonders im Auge und diese entgeht ihnen vollständig.“

**London, 4. Juli.** In der brillanten Rede, mit welcher Disraeli gestern den Homerulers den Todesstoß gab, war zum Schluß der Fall angenommen, daß das Sonderparlament in Dublin wirklich zu Stande käme. Disraeli warf hierauf die durchaus logische Frage auf: Was würde hieraus entstehen? Die Antwort, welche er sich hierauf selbst ertheilte, ist von besonderer Bedeutung, weil der Minister hier auf internationales Terrain heraustritt, wie aus der nachstehenden Wiedergabe der betreffenden Schluffstelle zu erkennen ist.

„Zuerst muß ich den Charakter der Bevölkerung Irlands berücksichtigen, na von der Wäherschaft auf die Vertreter schließen zu können. Zweifelslos ist die große Mehrheit römisch-katholischen Glaubens. Benruhigen sich die Herren mir gegenüber nicht! Ich werde nichts vorbringen, was sie in ihrem religiösen Gefühle kränken könnte. Ich habe stets meine Achtung vor ihrem Glauben ausgesprochen. Ich kann mir nicht verhehlen, daß die Organisation der römisch-katholischen Religion eine äußerst mächtige ist, vielleicht, möchte ich sagen, die größte organisirte Macht, welche besteht. Ich will so viel sagen, daß sie nicht darum minder mächtig ist, weil das Oberhaupt des Glaubens seiner Hauptstadt und einiger Provinzen beraubt worden ist. Ich glaube, seine Macht ist gewachsen. Ich bin nicht hier, um das Oberhaupt jenes Glaubensbekenntnisses oder seine Rathgeber einer agrestischen Gefinnung gegen die Zivilisation oder die Ruhe von Europa zu jehen; aber sie sind von Fleisch und Blut, befeelt von den Gefühlen und beeinflusst von den Leidenschaften, welche immer die Begebenheiten der Menschen regiert haben, und ich kann nicht zweifeln, daß solche Einflüsse und solche Gefühle eine große Wirkung üben müssen auf ein in Irland durch eine überwältigende Majorität, die den katbol. Glauben bekennt, gewähltes Parlament, in welches eine große Majorität von Vertretern desselben Glaubens gewählt worden. Angenommen, das geschehe, was nicht unwahrscheinlich ist, und was, ich möchte sagen, gewiß geschehen kann während der Generation, die jetzt, so zu sagen, beginnt; angenommen, es entstände eine große Bewegung in Europa zum Zweck, das Oberhaupt des römisch-katholischen Glaubens in die Hauptstadt, die es verloren hat, und in die Provinzen, deren es beraubt worden ist, wieder einzufügen, und angenommen, wir wären im Parlament verammelt, um zu beraten über einige Umstände und Begebenheiten, die aus solcher Kombination hervorgehen könnten, so möchte ich wohl wissen, ob irische Mitglieder sich damit begnügen würden, zu diesem Reichsparlament zu kommen und ihre Stellung darin zu benutzen, um ihre Gefinnungen auszusprechen und ihre Stimmen abzugeben? Und würden ihre Rathschläge nicht angenommen und ihre Stimmen überstimmt, können wir glauben, daß ein römisch-katholisches Parlament in Irland sich gleichgültig verhalten würde Begebenheiten



gegenüber, welche es zu den höchsten und interessantesten zählen müßte und von welchen seine Gefühle auf das tiefste berührt werden? Ich kann keinen Augenblick mich der Ueberzeugung verschließen, daß in solcher Sachlage das Parlament von Irland nicht zögern würde, zu glauben, es sei eine ausschließlich irische Angelegenheit, die Lage des Oberhauptes des römisch-katholischen Glaubens zu erwägen. Und das glaube ich, würde zu großen Gefahren führen und möglicher Weise zu großem Unheil, so daß, wenn die beiden Länder eine verschiedene Politik verfolgten, es geschehen könnte, was Niemand ohne Schrecken betrachten kann, wir berufen werden könnten, zwischen einem Theile des irischen Volkes, welcher nicht mit der Majorität des irischen Parlaments sympathisirt, und dieser letzteren zu interveniren, vielleicht mit Gewalt zu interveniren. Auch können wir nach unseren Erfahrungen nicht annehmen, daß die Majorität des irischen Volkes mit einer Majorität in seinem Parlament, welche ihre Ansicht über diese Frage klar und entschieden ausgesprochen hätte, leicht eingeschüchtert werden würde entweder durch die Drohungen der protestantischen Bevölkerung in Irland oder selbst durch das Eingreifen von England. Wir könnten zu einer jener Krisen in menschlichen Angelegenheiten gelangen, wie sie die größten Seiten der Geschichte füllen. Es könnte daraus Unheil für beide Länder entstehen, gegen welches ein Bürgerkrieg selbst nur ein geringes Uebel sein würde. Es könnten Sympathien entstehen mit Nationen die nicht unterdrückt sind. Selbst im Verlaufe dieser Debatte hat uns ein ehrenwerthes Mitglied gesagt, daß eine große Sympathie besteht zwischen Irland und einer fremden Nation, einer Nation, die einst eine große Macht war und der wahrscheinlich zukünftige Geschichte eine große Macht noch vorbehalten haben. Dies sind Betrachtungen, welche bei Erwägung dieser Frage für mich von großem Einfluß sind. Ich kann sie nicht betrachten wie eine Frage, ob wir in Dublin einen großen Gemeinderath einsetzen sollen; ich kann nicht nur bei der Erwägung bleiben, ob es unser Verwaltungssystem in endlose Schwierigkeiten und Widersprüche verwickeln würde oder nicht. Das sind alles leichte Dinge im Vergleich mit der Frage, welche ich mir selbst vorgelegt habe und die in meinen Augen noch viel größere Bedeutung ist. Ich bin deshalb gegen diesen Antrag, weil ich glaube, daß davon die höchsten und nächsten Interessen unseres Landes mitgetroffen werden. Ich bin dagegen im Interesse des irischen Volkes sowohl, als des englischen und des schottischen. Ich bin dagegen, weil ich bei der wichtigen Krisis der Welt, die vielleicht näher ist, als Manche unter uns erwarten, ein geeinigtes Volk in einer großen Nationalität verwickeln sehen möchte, und weil ich fürchte, daß, wenn wir diese Politik sanktioniren, wenn wir dem Parlament diesen gefährlichen Stoff nicht vom Herzen schaffen, wir den Verfall des Königreichs und den Untergang des Landes herbeiführen werden!"

Das kaiserlich deutsche Panzergeschwader, welches der kaiserlichen Yacht „Sohzenzollern“, an deren Bord sich der deutsche Kronprinz nebst Gemahlin und Kindern befand, als Eskorte diente, traf gestern früh in Spithead ein. Das Geschwader steht unter dem Befehle des Admirals Gert und besteht aus dem „Kronprinz“, dem „Friedrich Karl“, der „Ariadne“ und dem Aviso „Albatros“. Letzterer hatte Spithead am Abend des Donnerstag verlassen, um dem Geschwader Depeschen und Briefe entgegenzubringen. Als das Geschwader Spithead näher kam, flaggten die Schiffe im Hafen von Portsmouth und Spithead, während die deutschen Schiffe die kaiserliche Standarte aufzogen und die königlichen Salutsschiffe abgaben, welche von der Batterie der Garnison erwiedert wurden. Gegen Mittag verließen die hohen Gäste den „Sohzenzollern“ und landeten bei dem „Victoria Club House“ in Ryde, wo sie vom Major und den städtischen Behörden empfangen und mit einer Ansprache begrüßt wurden. Zur Bewillkommung hatten sich ferner eingefunden der deutsche Botschafter, Kapitän S. Morris, der deutsche Vize-Konsul von Portsmouth und der Inseel Wight; General-Lieutenant Sir Hastings Doyle, der Marquis von Exeter, der Kommodore des Royal Victoria Yacht Clubs, Sir Richard Sutton u. a. Die Ehrenwache bildete das altberühmte schottische 42. Regiment (die schwarze Wache) unter dem Befehle des Majors Farquharson. Während der Landung wurden von den Schiffen, Batterien und dem Club House wiederholt Salutsschüsse abgegeben. Eine Anzahl junger Damen streute den Gästen Blumen auf den Weg und überreichte ihnen Blumensträuße. Der Kronprinz sprach dem Major seinen Dank für die herrliche Bewillkommung aus, während die Prinzessin ihrer Freude Ausdruck verlieh, den heimathlichen Boden Englands und insbesondere die Insel Wight wieder betreten zu können. Nach dem Frühstück, welches im Club House eingenommen wurde, begaben sich die hohen Gäste in Begleitung des Grafen v. Münster und seines Gefolges nach Sandown. Die Panzerschiffe „Kronprinz“, „Friedrich Karl“ und „Ariadne“ dampften gegen Abend nach Portsmouth und sind jetzt bereits unterwegs nach Lissabon. Der „Sohzenzollern“ und der „Albatros“ bleiben vor Ryde liegen.

Laut „Spectator“ soll Disraeli konservativen Peers auf einer neulichen Versammlung bemerkt haben, daß die Zusammensetzung des Oberhauses durch die liberalen Pairs-Erennungen bedeutend verändert sei und daß er wirklich auf regelmäßigeren Besuch im Oberhause bringen müsse. Außerdem wünschte er einige soziale Reformen im nächsten Jahre vorzulegen, welche die Pairs nicht ganz billigten; eine zweite Versammlung fand in dieser Woche statt.

**Petersburg, 5. Juli.** [Umgestaltung des Domänen-Ministeriums. Zur allgemeinen Wehrpflicht. Besuch preussischer und österreichischer Offiziere. Korrespondenz-Agentur. Maßregeln gegen die Trunksucht.] Ein hiesiges Blatt erzählt, daß der Reichsrath sich am 1/13. Juli mit der Verabreichung eines Projekts befaßt wird, das darauf abzielt, das Ministerium der Domänen in ein Ministerium für Handel und Landwirthschaft umzugestalten, welche Reform schon am 1. Januar n. J. in Kraft treten soll. Nach diesem Projekt sollen die in den einzelnen Gouvernements bestehenden Domänenhöfe aufgehoben und in Bezirksverwaltungen umgestaltet werden, deren jede mehrere Gouvernements umfassen wird. — Ich habe bereits mehrfach erwähnt, daß die Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht bei der großen Menge von Völkern, welche zum russischen Reiche gehören und bei der Abneigung, welche ein großer Theil der Bevölkerung gegen dieselbe hegt, für die Regierung mit großen Schwierigkeiten verknüpft ist. Der Reichsrath hat sich daher mit dieser Angelegenheit vielfach beschäftigt und eine Reihe von Bestimmungen getroffen, welche auf die praktische Durchführung des Gesetzes über die allgemeine Wehrpflicht Bezug haben. Unter diesen Bestimmungen verdient diejenige Beachtung, welche sich auf die aus Rußland auswandernden früheren Kolonisten bezieht, welches zum größten Theil deutsche Mennoniten sind. Nach diesen aus drei Artikeln bestehenden Bestimmungen sollen alle jungen Leute, die ihrem Alter nach der Einberufung unterliegen würden, in die Namenslisten eingetragen werden. Diejenigen, welche von dem Recht der Auswanderung Gebrauch machen wollen, haben bis zum 1. September des Jahres, in welchem die Einziehung stattfinden würde, diese Absicht den Behörden anzuzeigen. Nach erfolgter Anzeige muß dann die Auswanderung bis zum Tage der allgemeinen Losziehung der Altersgenossen der Betreffenden erfolgt sein, widrigenfalls ihnen die Auswanderung nach diesem Termine nicht mehr

gestattet und sie dann sogar ohne an der Losung theilnehmen zu dürfen, zur Ableistung der Militärpflicht herangezogen würden. Denjenigen endlich, welche zur rechten Zeit die Anzeige gemacht haben, daß sie nicht auswandern, steht es frei, an der Losziehung nach den allgemeinen Regeln theilzunehmen. Dieser Fall dürfte jedoch nur vereinzelt eintreten, da die Mennoniten trotz aller Abmahnungen und Vorstellungen für die Auswanderung nach Amerika sich entschieden haben. — Zu den großen Manövern, welche in Krasnojarsk-Selo stattfinden werden, wird hier die Ankunft von 10 preussischen und 4 österreichischen Offizieren erwartet, für welche im Grand Hotel bereits Quartiere gemietet sind. — Vor Kurzem ist hier eine Anzahl von Korrespondenten zusammengetreten, die in einer Art von Agentur deutsche, französische und englische Blätter eingehend mit Nachrichten aus Rußland zu versorgen beabsichtigen. Als Leiter dieses Unternehmens werden zwei bekannte deutsche Buchhändler genannt. Hervorgehoben ist das Unternehmen angeblich durch den Wunsch verschiedener ausländischer Blätter, die detaillirten Nachrichten als bisher über Rußland zu erhalten wünschen. — Die Zahl der Gemeinden, welche Beschlüsse gegen die Trunksucht gefaßt haben, ist im Gouvernement Mohilew allein bereits auf 710 gestiegen.

## Sokales und Provinzielles.

Posen, 8. Juli.

r. Der Kaiser von Rußland ist heute Nacht punkt zwei Uhr von Zugenheim aus auf seiner Rückreise nach Warschau auf dem hiesigen Bahnhofe eingetroffen, wo er, wegen Maschinenwechsels gegen 8 Minuten verweilte.

r. Der Gerstel-Feldmann'sche Prozeß ist auf den 17. d. M. anberaumt worden.

r. Die angeordnete Klage des in Liquidation stehenden Posener Vorschau-Vereins gegen diejenigen Mitglieder, welche ihren Beitrag von 86 Thlr. zum Liquidationsfonds zu zahlen sich weigern, ist jetzt ins Werk gesetzt worden. Als Kläger treten auf: Rechtsanwalt Wehring und die Kaufleute Paul Anderfch und Leopold Goldenring. Der Klage liegen bei: ein Verzeichnis der aktiven Mitglieder des Vereins, wie sie die Genossenschaftsbilder aus dem Jahre 1873 ergeben, eine Abschrift des vom Verklagten ausgestellten Meßverfess, in welchem derselbe seinen Beitritt zum Vereine erklärt hat, und die Bilanz pro 29. Oktober 1873, welche eine Unterbilanz von 52,793 Thlr. 2 Sgr. ergibt. Die Klage relativirt in Kürze alle die Vorgänge im Verein seit dem 28. Oktober v. J., führt als Bezeugen für die Wahrheit des Gesagten den Kassens-Kontrollleur Beckwerth und die Kaufleute Joseph Fränkel und Salomonsohn an und fährt dann fort: „Um nun nach § 48 des Genossenschaftsgesetzes vom 4. Juli 1868 und § 37 des Gesellschaftsstatuts die Eröffnung des Konkurses über den Vorschauverein abzuwenden, haben die Kläger als Genossenschaftler die zur Deckung dieses Ausfalls erforderliche Summe von 52,793 Thlr. 2 Sgr. bis zum 11. Januar cr. an die Vereinskasse gezahlt, wie Fränkel und Salomonsohn bezeugen und die vorzulegenden Bücher des Vereins ergeben werden. Durch diese Zahlung haben Kläger aber auch das Recht erlangt, von den übrigen nach § 12 des Genossenschaftsgesetzes und § 53 des Gesellschaftsstatuts solidarisch verhafteten Genossenschaftlern gemäß den Grundbüchern der §§ 443 ff. Tit. 5. Thl. I. A. L. R. über den Negreß. Den correi debendi untereinander die Erstattung derjenigen Summe zu verlangen, welche gemäß §§ 445, 447 I. c. jeder von ihnen zur Aufbringung dieser Summe hätte beitragen müssen. Dieser Betrag beläuft sich, wie eine kalkulatorische Berechnung ergeben wird, auf die Summe von — Thlr. für jeden Genossenschaftler. Verklagter ist zur Zahlung dieser Summe verurtheilt worden. Demzufolge wird gebeten (indem für jetzt nur eingeklagt werden —), den Verklagten kostenpflichtig zu verurtheilen, an Kläger — Thlr. nebst 6 pCt. Zinsen seit dem 11. Januar cr. zu zahlen.“

r. Der Oberkellner eines hiesigen Restaurationslokals wurde gestern in der Nacht beim Passiren der Klosterstraße von einem Mann angehalten und geschlagen. Als er sich zur Wehr setzte kam ein zweites Individuum herbei, und nun wurde der Angefallene gemißhandelt, wobei ihm ein schwarzer Filzhut ruiniert und eine goldene Uhrkette zerrissen wurde. Die Letztere ist überdies verschwunden und ist der Verdacht nicht unbegründet, daß die Angreifer sich die Kette angeeignet haben. — Auch ein Maurergeselle wurde auf einem Neubau auf der Mühlenstraße von einem andern gemißhandelt, wobei dem ersteren ein Vordrehen zerrissen wurde.

r. Ein Handelsmann von der Klosterstraße kam gestern in's Kriminalbureau und meldete, daß so eben ein Individuum zu ihm ins Geschäftslokal gekommen sei und eine Partie Lumpen im Gewichte von 8 Pfd. zum Verkaufe angeboten habe. Nach abgeschlossenem Kaufe ergab es sich, daß es nicht Lumpen waren, sondern ein in eine alte Jacke eingepackter, noch ziemlich brauchbarer Militärrock war.

r. Diebstahl und Verhaftung. Ein Konditorlehrling aus Kurnik entließ vor einiger Zeit seinem Lehrherrn und entwendete bei dieser Gelegenheit einige Hemden, zwei Paar Hosen und einen Duffelrock. Verhaftet wurde ein Arbeiter, welcher beschuldigt ist, sich an dem vor einigen Tagen von uns gemeldeten Portemonnaie-Diebstahl in einer Fahrmarktsbude betheiligt zu haben. — Ein Böttcher bezog sich gestern ins Geschäftslokal eines Kaufmanns auf der Breslauerstraße und verlangte von ihm einen Thaler, welcher ihm angeblich zustand. Da der Kaufmann dem Böttcher nichts schuldete, letzterer sich aber durchaus nicht aus dem Lokale entfernen wollte, ist der Zudringliche schließlich verhaftet worden.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Von der Berliner Börse. Die Nachrichten aus Paris über die für Dienstag (gestern) zu erwartenden Katastrophen (über die bis zum Augenblicke noch keine Nachrichten vorliegen) haben die Berliner Börse während der letzten Tage in ungewöhnliche Affektion versetzt. Hauptsächlich war es nachstehendes Telegramm, welches ungeheures Aufsehen hervorrief:

„Paris, 5. Juni. Die Stimmung ist äußerst erregt. Die Regierung hat in ihrem Konflikt mit der Kammer nur das rechte Zentrum für sich. Die gesamte Linke will nicht dulden, daß der Belagerungszustand benutzt werde, um durch Maßregelung der Blätter die Parteien in der Kammer den Jörn der Regierung fühlen zu lassen. Sie und fast die gesamte gemäßigste Rechte ist für die Interpellation der äußersten Rechten. Die Regierung wird also wahrscheinlich am Dienstag eine Niederlage erleiden. Nach der Sprache der offiziellen Blätter zu urtheilen, will aber Mac Mahon sich der Majorität nicht fügen, sondern das jetzige Ministerium, das seine Regierungsgewalt vertheidigt, im Amt behalten. Das „Journal de Paris“ sagt heute, es sei weder Monarchie noch Republik möglich, bis 1880 müsse die Regierung in den Händen Mac Mahon's bleiben; übermorgen finde die parlamentarische Schlacht statt; der Augenblick sei ernst wenn Mac Mahon unterliege, werde die Schlacht sich über das Land ausbreiten. In den Mac Mahon'schen Kreisen selbst ist man sehr gewaltthätig gesinnt, und fällt das Ministerium am nächsten Dienstag, so könnte es wohl zu ersten Ereignissen kommen. Der „Francais“ hält eine Volkschaft des Marschalls vor Dienstag für wahrscheinlich.“

Ob dies mehr ist als eine Sensationsnachricht im Interesse der Baiffe-Partei können wir natürlich nicht wissen.

\*\* An Rothstands-Darlehnskassenscheinen war am 1. Juli I. J. ein Betrag von 353,736 Thlrn. im Umlauf.

\* Zusammenstoß im Marmora-Meere. Ueber den bereits telegraphisch gemeldeten Schiffszusammenstoß im Marmora-Meere liegen dem „Levant-Gerald“ nachstehende Einzelheiten vor. Der Dampfer „Kars“, Kapitän Konstanti, der Konstantinopel am Freitag Nachmittag mit Passagieren und Kaufmannsgütern en route nach Salonika verließ, wurde kurz nach Mitternacht von dem egyptischen Dampfer „Behera“, Kapitän Leva, im Marmora-Meere überfahren und in den Grund gebohrt. Das Sinken des Schiffes war mit dem Verlust von voll 260 Menschenleben verknüpft. Der „Kars“ hatte ungefähr 300 Passagiere und Mitglieder der Besatzung an Bord, und von diesen sind, wie man weiß, nur 37 gerettet. Kapitän Konstanti und sämtliche Offiziere des gesunkenen Schiffes sind ungerettet. Der Hergang war folgender: Der egyptische Dampfer „Behera“ war auf seinem Wege von Alexandria nach dem Bosporus, als gegen 1 Uhr am Sonnabend, etwa 2 Meilen von der anderen Seite der Insel Marmora, das Licht eines nach auswärts bestimmten Schiffes auf den „Behera“ zu kommen sah. Kapitän Leva ergriff sofort Maßregeln zur Vermeidung einer Kollision, aber der „Kars“ soll, wie es heißt, so ungeschickt manövrirt haben, daß eine Kollision unvermeidlich wurde. — Der Dampfer wurde, wie durch ein gigantisches Beil, in zwei Stücke getheilt und sank in 10 Minuten. Der „Kars“ war ein großer alter Dampfer und der „Behera“ einer der schönsten eisernen Dampfer der Redivivis-Postdampferflotte. Das egyptische Schiff löste sich rasch von dem sinkenden „Kars“ los und sandte Boote aus, um eine Menge Leute, die auf Kästern, Sparren und dergl. sich über Wasser hielten, aufzunehmen. Einige erreichten auch den „Behera“ in einem der Boote des „Kars“ und im Ganzen wurden 37 der Passagiere des unglücklichen Schiffes gerettet. Der Raubfang des „Kars“ wurde durch die Gewalt der Kollision niedergeschlagen und tödtete in seinem Falle den ersten Offizier, auch blieben die Maschinen in Bewegung bis das Schiff sank, und dies machte die Versuche zur Lebensrettung schwieriger. Der Mond war untergegangen, aber das Meer war ruhig, und wären die Maschinen zum Stillstand gebracht worden, so würden wahrscheinlich mehr Passagiere gerettet worden sein. Die Passagiere waren fast alle Deckpassagiere, meistens aus rumelischen Tagelöhnern, Türken und Griechen, die, nachdem sie den Winter über in Konstantinopel gearbeitet, nach ihrer Heimath für die Ernte zurückkehrten, ferner aus einigen griechischen und russischen Pilgern auf ihrem Wege nach dem Berg Athos, und einigen nach Salonika, Volo, Larissa und anderen Orten bestimmten kleinen Händlern, Handwerfern und Sarafs bestehend. Der einzige Passagier erster Klasse war ein türkischer Major, der mit seiner Familie nach Salonika zur Uebernahme eines militärischen Postens reiste. Fast sämtliche Frauen kamen um. Der „Kars“ hatte eine beträchtliche Geldsumme an Bord und diese wie die Waaren waren für eine Totalsumme von ca. 80,000 Frs. versichert. Der „Behera“ selber erlitt durch die Kollision einigen Schaden. Die Offiziere desselben versichern auf Bestimmteste, daß der „Kars“ keine Seitenlichter zeigte, als die Kollision stattfand.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

## Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen

Versailles, 7. Juli. [Nationalversammlung.] Bei Beratung des Municipalwahlgesetzes wurde die Bestimmung, daß ein zweijähriges Domizil zur Erlangung des Wahlrechts genügen sollte, angenommen, dagegen wurde das doppelte Stimmrecht der Familienväter verworfen. Das Gesetz wurde im Ganzen darauf mit 462 gegen 234 Stimmen angenommen. Dagnenet legte den Bericht der Initiativkommission über den Antrag Larochefoucauld's, betreffend die Wiederherstellung der Monarchie vor. Der Bericht bezieht den Antrag als verfassungswidrig und verlangt die Verwerfung desselben, die beantragte Verlesung des Berichts wurde indeß verworfen und kann somit die Diskussion des Antrages Larochefoucauld's nicht mit der Interpellation Lucien Brun's verbunden werden, wie vielerseits gewünscht wurde, um eine Einigung der Linken und der äußersten Rechten zu verhindern. Die Versammlung beschloß darauf die Interpellation Lucien Brun's morgen zu beraten. Das gemäßigste rechte Centrum, wahrscheinlich auch die Bonapartisten werden für die Regierung stimmen, vielleicht auch ein größerer Theil des linken Centrums. Unterdrückt teterseits wird bestätigt, daß Mac Mahon die Demission des Ministeriums, falls dasselbe eine Niederlage erleidet, nicht annehmen wird.

## Angekommene Fremde vom 8. Juli.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. General v. Ramede aus Berlin, die Adjutanten Vetter und v. Bonin aus Berlin, Glasbütten-Inspektor Targos aus Friedrichshald, die Kaufleute Obermeier aus Breslau, Wortertim aus Amerika, Grimm aus Dresden, Heimann aus Breslau.

## Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 7. Juli, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. pr. Juli und pr. August-September 24½, pr. September-Oktober 23½. Weizen pr. Juli 90. Roggen pr. Juli 60½, pr. September-Oktober 56, pr. Oktober-November —. Rübsöl pr. Juli 19½, pr. September-Oktober 19½. Zink —. Wetter: —.

Bremen, 7. Juli. Petroleum fest, Standard white 10½ 11 Mark.

Hamburg, 7. Juli, Nachmittags. (Getreidemarkt.) Weizen 10½ und auf Termine flau. Roggen 10½ fest, auf Termine rubig. Weizen 126 pfd. pr. Juli 1000 Kilo netto 24½ B., 24½ G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 23½ B., 23½ G., pr. August-September 1000 Kilo netto 23½ B., 23½ G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 22½ B., 22½ G., pr. Oktober-November 1000 Kilo netto 22½ B., 22½ G., pr. Juli 1000 Kilo netto 183 B., 182 G., pr. Juli-August 1000 Kilo netto 178 B., 177 G., pr. August-September 1000 Kilo netto 174 B., 173 G., pr. September-Oktober 1000 Kilo netto 172 B., 171 G., pr. Oktober-November 1000 Kilo netto 172 B., 171 G. Hafer fest. Gerste rubig. Rübsöl still, 10½ 61, pr. Oktober 200 Pfd. 60. Spiritus fest, pr. Juli-August 55½, pr. August-September 57, pr. September-Oktober pr. 100 Liter 100 pCt. 57½. Kaffee rubig; Umsatz 1000 S. Petroleum matt, Standard white 10½ 10, 70 B., 10 50 G., pr. Juli 10, 50 G., pr. August-Dezember 11, 30 G. — Wetter: schön.

Wien, 7. Juli, Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt.) Wetter: prächtig. Weizen flau, hiesiger 10½ 9, 15, fremder 8, 15, pr. Juli 8, 8½, pr. November 7, 8½. Roggen niedrig, fremder 10½ 6, 15 a 6, 5, pr. Juli 5, 20½, pr. November 5, 12. Rübsöl 11½, 11½, pr. Oktober 11½, pr. Mai 1875 11½. Leinöl 10½ 11½.

Siberpool, 7. Juli, Nachmittags. Baumwolle (Schlußbericht). Umsatz 12,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 3000 Ballen. Fest. Middling Orleans 8½, middling amerikan. 8½, fair Dholera 5½, middling fair Dholera 5, good middling Dholera 4½, middling Dholera 4½, fair Bengal 4½, fair Broad 5½, New fair Dholera 5½, good fair Dholera 5½, fair Madras 5½, fair Pernam 8½, fair Smyrna 7, fair Egyptian 8.

Upland nicht unter low middling Juli-August-Lieferung 8½ d. Amsterdam, 7. Juli, Nachmittags — Uhr — Minuten. (Getreide-Markt) Schlußbericht. Weizen pr. November 32½. Roggen pr. Juli 208½, pr. Oktober 202½. — Wetter: sehr heiß.



